



BLOCKSEMINAR
im Frühjahrssemester 2016
(Samstag, 28. Mai bis Mittwoch, 1. Juni 2016)

zum

EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTSRECHT
in Luxembourg

THEMENLISTE FÜR MASTERARBEITEN

(Eigene Vorschläge sind willkommen.)

Freier Warenverkehr

1. Der Plan der Europäischen Kommission für einen Digitalen Binnenmarkt

Freier Dienstleistungsverkehr

2. Vereinbarkeit von Geoblocking mit dem Europäischen Wirtschaftsrecht

Arbeitnehmerfreizügigkeit

3. Ausschluss von Unionsbürgern von bestimmten Sozialleistungen
(s. z.B. EuGH, 15.9.2015, Rs. C-67/14 – *Jobcenter Berlin Neukölln*)

Kartellverbot

4. Austausch von Preisinformationen und das Kartellverbot
(zuletzt: EuGH, 19.3.2015, C-286/13 P- *Dole*; und EuGH, 24.6.2015, C-293/13 P und C-294/13 P – *Del Monte*; s. auch Kapitel 2 der Horizontalleitlinien der Europäischen Kommission)
5. Der Einsatz von IT-Systemen als abgestimmte Verahltensweise
(s. Generalanwalt Szpunar, 16.7.2015, C-74/14 – *Eturas*)



Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung

6. Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung im Zusammenhang mit Googles Android-Betriebssystem?
(s. z.B. *Körber*, NZKart 2014, 378)
7. Unterlassungsklagen nach Abgabe einer FRAND-Erklärung: Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung?
(s. EuGH, 16.7.2015, Rs. C-170/13 – *Huawei*)

Kartellverfahrens- und -prozessrecht

8. Die EU-Richtlinie zur zivilrechtlichen Durchsetzung des Kartellrecht
9. Kollektive Rechtsdurchsetzung im Kartellrecht

Immaterialgüterrecht

10. Der Vorschlag einer EU-Richtlinie über Know-How-Schutz

Institutionelles & Rechtsordnung

11. Der Beitritt der EU zur EMRK
(Ausgangslage: Art. 6 EUV & Gutachten 2/13 des EuGH)

Wirtschafts- und Währungsunion

12. Universalbanken vs. Trennbanken – Vor- und Nachteile vor dem Hintergrund der Systemstabilität

Europäisches Gesellschaftsrecht

13. Vor- und Nachteile einer EU-weiten Einführung von Frauenquoten für Aufsichtsräte europäischer Unternehmen

Internet und Datenschutz

14. Das Projekt einer EU-Datenschutz-Grundverordnung

Verhältnis CH – EU

15. Das Verhältnis der Schweiz zur EU: Umfassendes Freihandelsabkommen statt bilateraler Weg?
(s. z.B. den Bericht des Bundesrats vom Juni 2015)